

TABAKSTEUER

Längst verraucht

Die Erhöhung der Tabaksteuer hat kaum positive Effekte. Das ist der Tenor eines internen Lagebildes der Zollfahndung zum Zigarettenschmuggel. Danach werde auch die jüngste Preiserhöhung in diesem Frühjahr lediglich dazu beitragen, die kriminellen Einnahmen der Schmuggler zu erhöhen und die zu versteuernden Gewinne der Zigarettensindustrie weiter zu reduzieren. Höhere Steuern, so heißt es in dem Papier, verbänden Raucher „nicht mit gesundheitspolitischen oder fiskalischen Gründen“, sondern sie würden sich „noch bewusster entscheiden, auf illegale Zigarettensorten umzusteigen“. Die große Nachfrage aber solle für ein höheres Angebot an illegalen Glimmstängeln, die deshalb leichter verfügbar seien und die Bemühungen der Bundesregierung unterläufen, Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Tabak zu erschweren. Da die Schmuggelware ohne staatliche Qualitätskontrolle produziert werde, sei sie zudem gesundheitsschädlicher. Nicht einmal aus fiskalischen Gründen macht die Tabaksteuererhöhung Sinn. Zwar spülte die kräftige Anhebung zur Finanzierung der Antiterrormaßnahmen nach den Anschlägen auf die USA in den Jahren 2002 und 2003 jährlich bis zu zwei Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen, die Effekte sind allerdings längst verraucht. Trotz weiterer Erhöhungen nahm der Staat 2010 rund 300 Millionen Euro weniger an Tabaksteuer ein als 2002. Der Absatz versteuerter Zigarettensorten sank zwischen 2003 und 2009 von rund 133 auf 87 Milliarden Stück. Die Differenz von rund 46 Milliarden Zigarettensorten werde überwiegend durch illegale Ware kompensiert. Trotzdem stellte der Zoll 2010 nur noch etwa halb so viel Schmuggelware sicher wie in den Jahren zuvor.



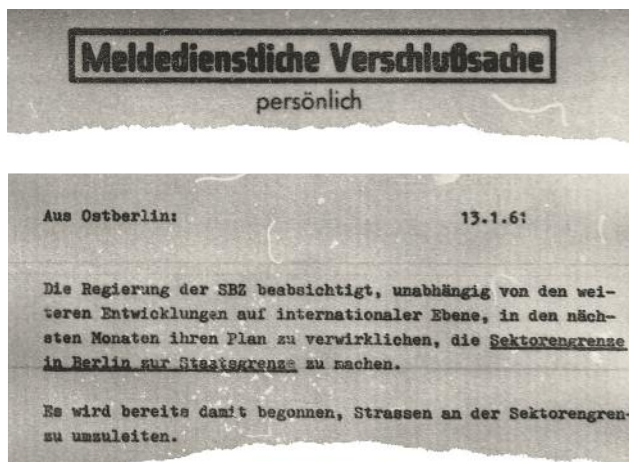
Zollfahnder in Hamburg

GEHEIMDIENSTE

Früher Hinweis

Über die Pläne der DDR-Regierung zum Mauerbau im August 1961 war der Bundesnachrichtendienst (BND) weitaus früher unterrichtet als bislang bekannt. In einer mit „Auswahlmeldungen 1961/63“ beschrifteten BND-Akte findet sich eine „Meldedienstliche Verschlusssache“ vom 13. Januar 1961. Unter der Dachzeile „Aus Ostberlin“ heißt es dort: „Die Regierung der SBZ beabsichtigt, unabhängig von den weiteren Entwicklungen auf internationaler Ebene, in den nächsten Monaten ihren Plan zu verwirklichen, die Sektorengrenze in Berlin zur Staatsgrenze zu machen. Es wird bereits damit begonnen, Strassen an der Sektoren-

grenze umzuleiten.“ In der vergangenen Woche hatte der BND selbst erstmals Akten zum Mauerbau veröffentlicht. Dort jedoch datieren die frühesten Hinweise auf eine Abriegelung Ost-Berlins aus dem Juni 1961.



BND-Dokument (Ausschnitt)

SPD

Spitzengenossen rechnen mit Niederlage

Die SPD-Spitze stellt sich darauf ein, mit einem wichtigen Teil ihrer Pläne für eine Parteireform zu scheitern. Dabei geht es um die von Parteichef Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles angestrebte Beteiligung von Nichtmitgliedern an Kandidatenwahlen für öffentliche Ämter – und zwar vom Landrats- bis zum Kanzlerkandidaten. Dagegen gibt es innerhalb der SPD erbitterten Widerstand, mehrere Landeschefs haben bereits ihr Veto angekündigt. Schon 2010 hatte eine Befragung der Ortsvereine eine Zweidrittelmehrheit gegen das Vorhaben ergeben. Viele Mitglieder empfinden die Pläne als Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Im Umfeld der Parteisitze wird nun vorsorglich darauf hingewiesen, dass Gabriel und Nahles nicht beschädigt wären, sollten sie mit der Öffnung für Nichtmitglieder auf dem Parteitag im Dezember scheitern.